

Hauptstadtbeschluss: 20 Jahre Pro-Berlin



Vor zwanzig Jahren entschied sich der Deutsche Bundestag mit knapper Mehrheit für Berlin als Sitz von Parlament und Regierung im vereinten Deutschland - ein Votum, das stark von der regionalen Herkunft der Parlamentarier geprägt war. Deutschlandkarten visualisieren zudem typische Hauptstadteffekte, die mit der Entscheidung verbunden sind. Von Sebastian Lentz

Am 20. Juni 1991 traten mehr als 100 Abgeordnete des Bundestags in der Debatte um die Verlegung der Hauptstadt nach Berlin ans Rednerpult. In der anschließenden Abstimmung war der Fraktionszwang aufgehoben, so dass andere als die üblichen Differenzkriterien für die Entscheidung wirksam wurden. In der Debatte um die Ansiedlung des Bundestags und der Kernfunktionen der Bundesregierung in Berlin oder den Verbleib in Bonn wurden diverse Argumente ins Feld geführt:

Für Berlin sprachen nach Auffassung der Befürworter eines Hauptstadtumzugs vor allem seine identitäts- und einheitsstiftende Funktion sowie aus geopolitischer Perspektive die Aufgaben, die bei der anstehenden Erweiterung der europäischen Gemeinschaften nach Osten anstünden. Als Argumente für Bonn wurden seine Symbolfunktion für einen funktionierenden Föderalismus gegen eine zentralistische Tendenzen unterstützende, alles dominierende Hauptstadt vorgebracht, sowie vor allem ökonomische Begründungen: Die Kosten eines Umzugs blockierten wichtige Mittel, die für den Aufbau der neuen Länder gebraucht würden (v.a. Abgeordnete aus Sachsen und Thüringen), und ein „wirtschaftliches Machtzentrum Berlin“ drohe den Aufschwung in den ostdeutschen Regionen zu behindern.

Das Abstimmungsverhalten

Die Abstimmung ergab mit 338 zu 320 Stimmen ein knappes Ergebnis für Berlin. Mit Ausnahme von SPD und CDU waren in den Parteien eindeutige Mehrheiten für Berlin bzw. Bonn zu finden (**Graphik**), aber daneben werden andere Faktoren für die persönliche Entscheidung der Abgeordneten sichtbar.

Die zunächst plausibel scheinende These, das Alter der Abgeordneten als ausschlaggebend anzunehmen, war allerdings nicht haltbar (Laux 1991): Offensichtlich spielte die Möglichkeit, Berlin noch selbst als Hauptstadt erlebt zu haben, wenn überhaupt, dann nicht die erwartete Rolle, denn in allen Altersgruppen, mit Ausnahme der 40- bis 50-Jährigen, gab es Mehrheiten für die Hauptstadt an der Spree.

Die regionale Herkunft bzw. regionalwirtschaftliche Interessen und Loyalitäten mit dem eigenen Wahlkreis sind entscheidender für das Votum gewesen, wie die Karte zur regionalen Stimmenverteilung nahelegt (**Karte 1**). In einer ersten groben Näherung ist festzustellen, dass eine Nord-Ost- und West-Süd-Scheide durch das Land verläuft: Nimmt man die Voten aus Direktmandaten und Landeslisten zusammen, so lag die Zustimmung für Bonn in den südlichen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg) bei 66 %, in den westlichen Ländern (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Hessen) sogar bei 69,5 %. Für Berlin stimmten dagegen in den nördlichen Ländern (Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen) und in den östlichen Ländern (neue Bundesländer: Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen) sogar fast 81 % (Laux 1991).

So lässt sich zunächst erst einmal die These einer „distanzabhängigen Solidarität“ formulieren, aber auch tiefergehende Antagonismen und historisch-politische Identitätsgefühle sind zu



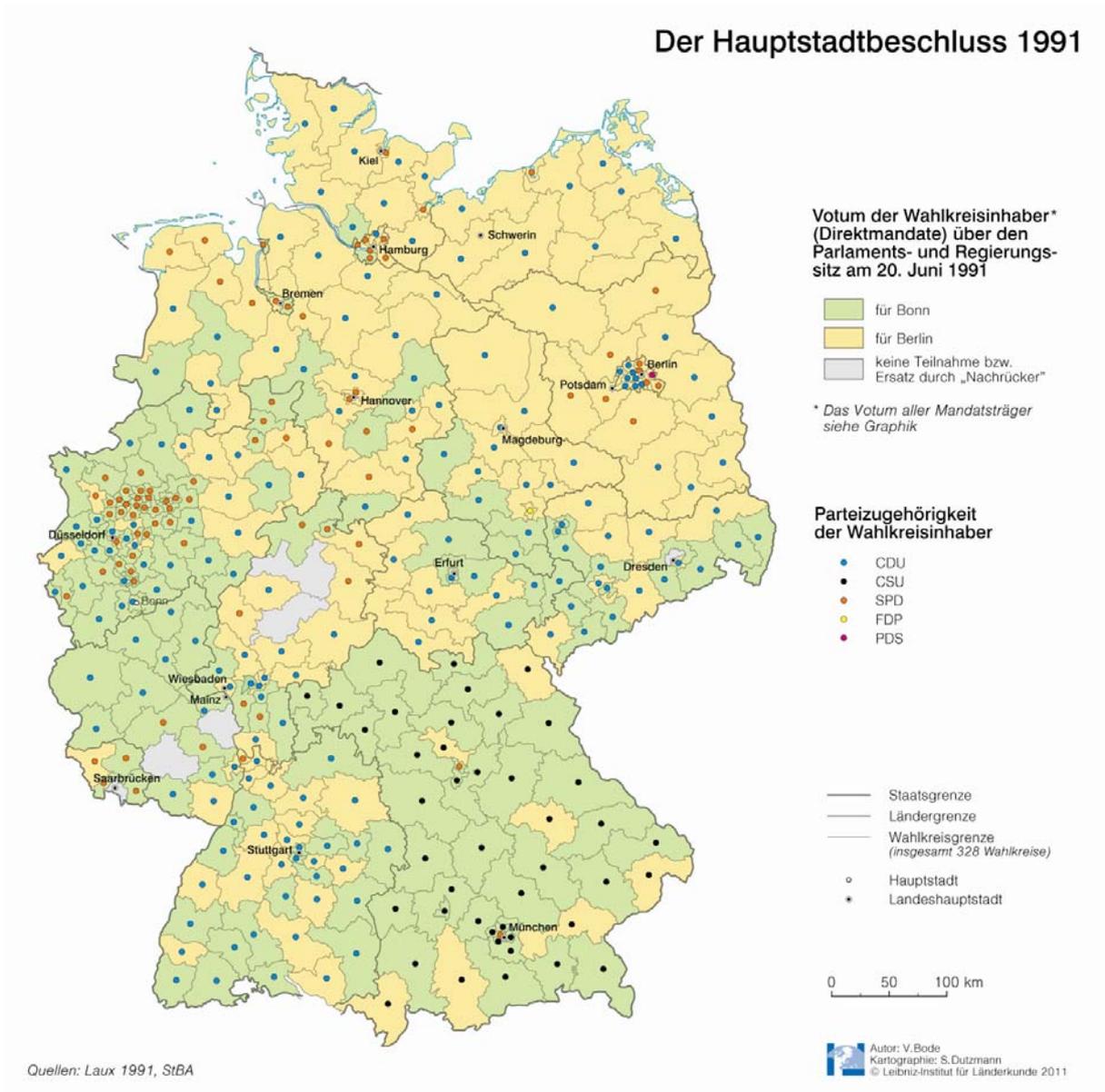
vermuten. Die CSU-Abgeordneten aus Bayern hätten mit ihrer Stimme also eher gegen ein preußisches Berlin als für ein rheinisches Bonn votiert, und die Stimmen einer Reihe von Direktmandaten aus Thüringen und Sachsen wäre eher durch die Erfahrungen in der DDR als durch die Hoffnung auf eine positive Effekte ausstrahlende neue Metropole genährt gewesen (Laux 1991).

Hauptstadteffekte

Etwa 10 Jahre nach dieser Entscheidung – im Sommer 1999 begann schließlich der Umzug des Bundestages sowie der ersten Bundesministerien – lässt sich ein typischer „Hauptstadteffekt“ an der Verlagerung von Hauptsitzen von Organisationen zur Vertretung politischer Interessen aufzeigen: Allein im Zeitraum zwischen 1998 und 2002 sind fast 100 solche Verbände aus Bonn nach Berlin umgezogen (**Karte 2**). Auch andere Standorte in Nordrhein-Westfalen, im Rhein-Main-Gebiet und in Süddeutschland haben solche Umzüge zu verzeichnen: Die unmittelbare, auch räumliche Nähe zu den Entscheidungsträgern in der Politik bzw. auch zur politikvorbereitenden Ebene spielt für die Effizienz dieser Organisationen natürlich eine wesentliche Rolle. Schaut man sich eine Karte der aktuellen Verteilung von Bundeseinrichtungen in Deutschland an (**Karte 3**), so ist abzulesen, dass es neben der hohen Konzentration auf Bonn auch immer noch eine weite Streuung über die Bundesländer gibt und dass auch die neuen Länder von der Ansiedlung solcher Einrichtungen profitiert haben.

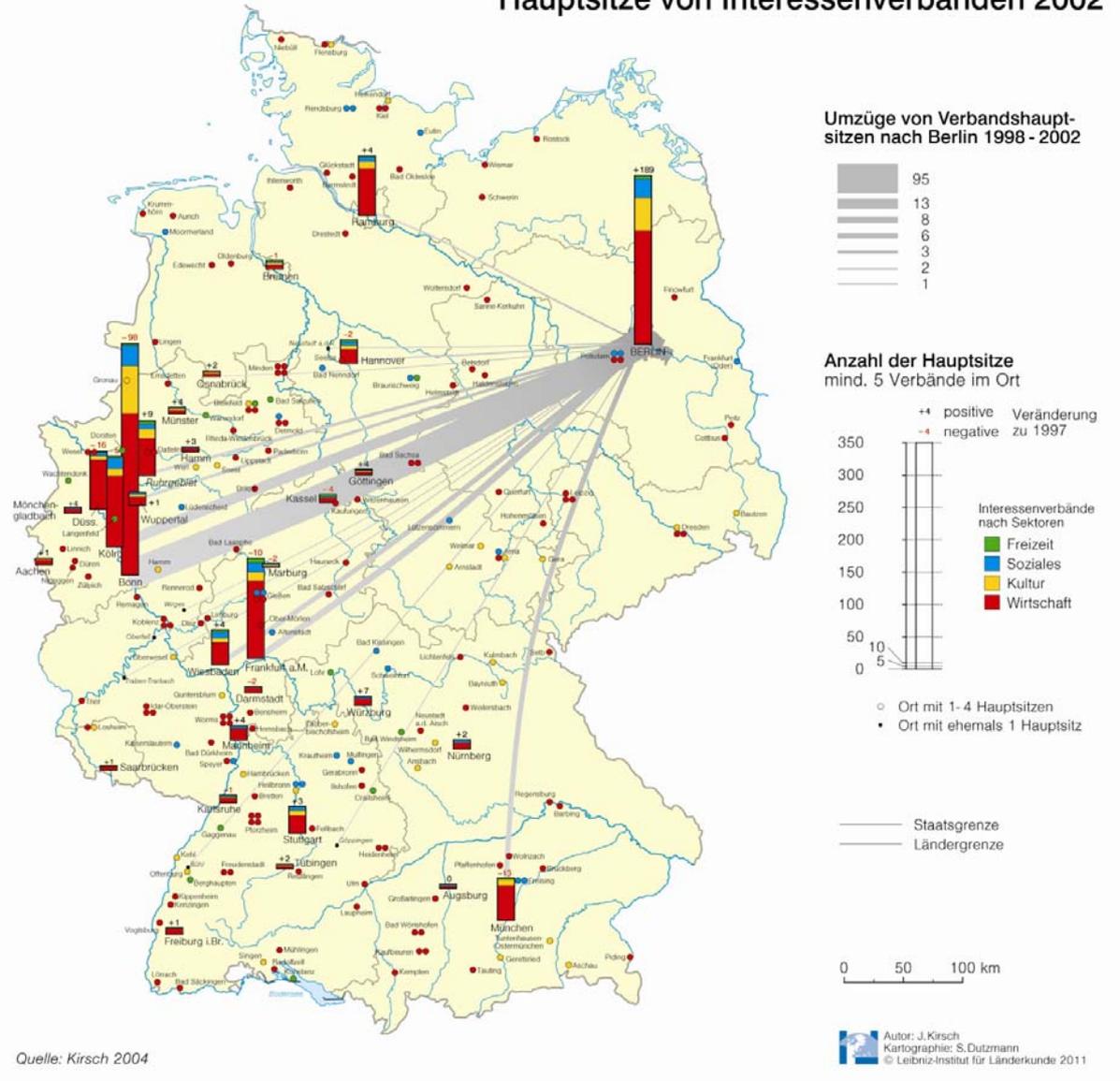
Und in Berlin? Man kann den Effekt, den die Hauptstadtfunktion zumindest für die bauliche Stadtentwicklung in Berlin-Mitte im Bereich des ehemaligen Mauerstreifens gehabt hat, kaum unterschätzen, wie ein Vergleich mit Luftbildern (Gerhard/Hahn, S. 120f) zeigt: Die Dichte der Funktionen von Bundesregierung und Parlament, von Landesregierungen und ausländischen Vertretungen ist beeindruckend.

Karte 1



Karte 2

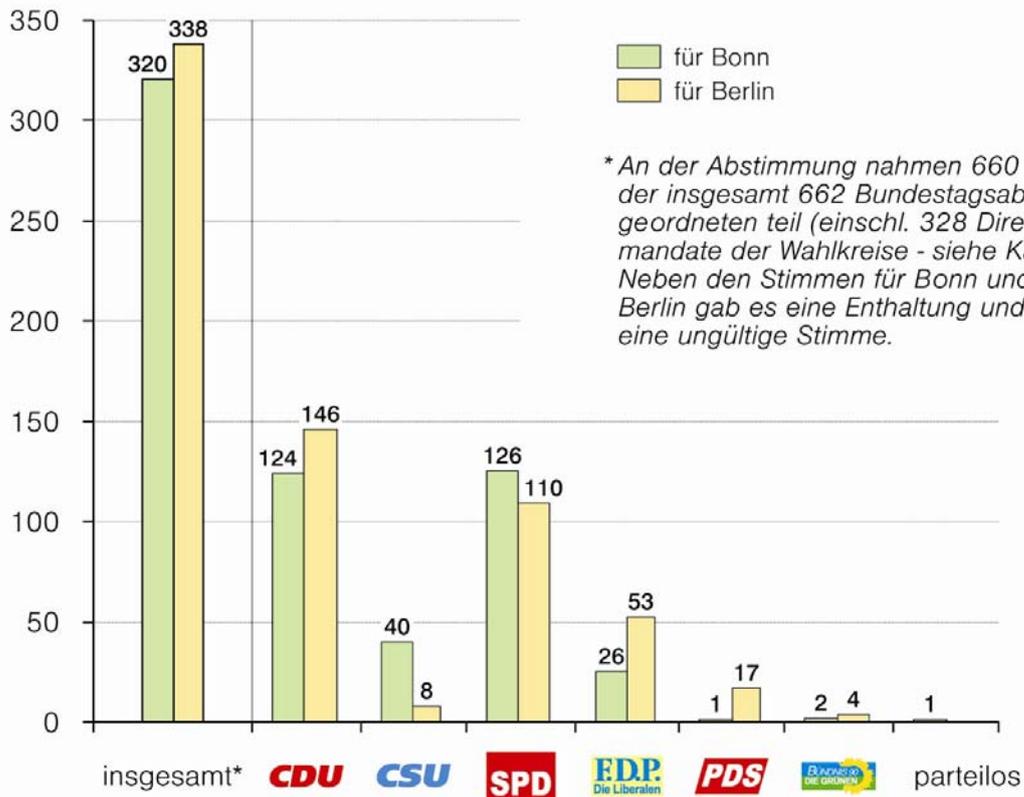
Hauptsitze von Interessenverbänden 2002



Graphik

Abstimmung der Bundestagsabgeordneten über den Sitz von Parlament und Regierung am 20. Juni 1991

Stimmen



* An der Abstimmung nahmen 660 der insgesamt 662 Bundestagsabgeordneten teil (einschl. 328 Direktmandate der Wahlkreise - siehe Karte). Neben den Stimmen für Bonn und Berlin gab es eine Enthaltung und eine ungültige Stimme.

Quelle: bpb 2011

Autor: Atlasredaktion
Kartographie: S. Dutzmann
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2011

Quellen

BODE, Volker (2000): Die Hauptstadtfrage. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 1 Gesellschaft und Staat. Mithrsg. von Heinritz, G., Tzschaschel, S. u. K. Wolf. Heidelberg, Berlin, S. 21.

bpb (Bundeszentrale für politische Bildung) (Hrsg.) (2011): Spezial: 20 Jahre Hauptstadtbeschluss.

URL:

<http://www.bpb.de/themen/6CBOLT.html>

Abrufdatum: 08.06.2011.

GERHARD, Ulrike u. Barbara HAHN (2010): Städte und Siedlungsentwicklung. In: Hänsgen, D., Lentz, S. u. S. Tzschaschel (Hrsg.): Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten. Darmstadt, S. 105-126.

KIRSCH, Jens (2004): Die Geographie des Verbandswesens. In: Leibniz-Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland. Band 8: Unternehmen und Märkte. Mithrsg. von Haas, H.-D., Heß, M., Klohn, W. und H.-W. Windhorst. Heidelberg, Berlin, S.170-171.

LAUX, Hans Dieter (1991): Berlin oder Bonn? Geographische Aspekte einer Parlamentsentscheidung. In: Geographische Rundschau 43 H. 12, S. 740-743.

NAUMANN, Matthias u. Jürgen OßENBRÜGGE (2010): Staat und Infrastruktur. In: Hänsgen, D., Lentz, S. u. S. Tzschaschel (Hrsg.): Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten. Darmstadt, S. 127-144.

StBA (Statistisches Bundesamt/Bundeswahlleiter) (Hrsg.) (1990): Ergebnis der Wahl zum 12. Deutschen Bundestag am 2. Dezember 1990 nach Wahlkreisen (Endgültiges Ergebnis der Bundestagswahl 1990). Frankfurt a.M.

Bildnachweis

Das Reichstagsgebäude in Berlin, Sitz des Parlaments (Deutscher Bundestag)

© V. Bode

Zitierweise

LENTZ, Sebastian (2011): Hauptstadtbeschluss: 20 Jahre Pro-Berlin. In: Nationalatlas aktuell 5 (06.2011) 6 [17.06.2011]. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL).

URL:

http://aktuell.nationalatlas.de/Hauptstadt.6_06-2011.0.html

Autor



Prof. Dr. Sebastian Lentz

Direktor
Leibniz-Institut für Länderkunde
Schongauerstr. 9
04328 Leipzig

Tel.: (0341) 600 55 107
E-Mail: s_lentz@ifl-leipzig.de